



Familien- und bildungspolitische Wahlprüfsteine zur Landtagswahl am 26. März 2017 im Saarland

Wir treten für den Schutz von **Ehe und Familie** ein, wie es die Verfassungsväter und –mütter der Bundesrepublik Deutschland und des Bundeslandes Saarland gedacht haben, wonach die Ehe ein Lebensbund zwischen einem Mann und einer Frau ist, den beide in freier Entscheidung eingehen, um eine Familie zu gründen und ihre Kinder aufzuziehen.

	ja	nein	w.n.	Bemerkung
AfD	x			
Familienpartei	x			Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes. Hierfür tritt die Familien-Partei ein.
CDU	x			Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz des Staates. Die Formen des partnerschaftlichen Zusammenlebens und der Familie sind jedoch vielfältiger geworden. In traditionellen Familien, wie auch bei Alleinerziehenden, in Patchwork-Familien wie in eingetragenen Lebenspartnerschaften können konservative Werte gelebt und weitergegeben sowie Verantwortung füreinander übernommen werden. Diese Vielfalt betrachten wir als selbstverständlichen Teil unserer Gesellschaft.
Grüne		x		Alle Liebenden verdienen die gleichen Rechte. Daher bekennen wir uns klar zur Ehe für alle, also auch zwischen homosexuellen Paaren. Zu einem modernen Staat gehört eben auch ein modernes Eherecht.
Piraten				Eine Ehe ist unabhängig vom Geschlecht der Eheleute eine Verbindung, die grundsätzlich allen volljährigen Menschen zur Verfügung stehen muss. Alles andere ist Diskriminierung. Das Grundgesetz ist aus dem historischen Kontext entstanden, in dem beispielsweise auch Homosexualität unter Strafe stand. Dementsprechend muss es auf den heutigen Stand angepasst werden und wir setzen uns dafür ein, den Begriff der Ehe und Familie zu erweitern.

Jedes Kind hat von Natur aus das Recht, eine **Mutter** und einen **Vater** zu haben und von ihnen beschützt, erzogen und umsorgt zu werden – auch wenn dies aufgrund von Schicksalsschlägen (Tod oder Trennung) manchmal nicht erfüllbar ist (siehe UN-Kinderrechtskonvention). Dieses Recht auf Mutter und Vater muss auch im Fall einer Adoption geachtet werden.

	ja	nein	w.n.	Bemerkung
AfD	x			
Familienpartei	x			Biologisch natürlich braucht ein Kind Vater und Mutter. Erziehungspsychologisch sind ebenfalls beide Geschlechter in ihrem Wesen und ihrer Natur wichtig. Von Natur aus gehören zum Kind Vater und Mutter.
CDU	x			
Grüne			x	Für uns steht das Wohl des Kindes im Vordergrund, gleich, welches Geschlecht seine Eltern haben. Wir sprechen uns klar für ein Adoptionsrecht für homosexuelle Paare aus.
Piraten				Jedes Kind hat von Natur aus das Recht, Menschen um sich zu haben, die für das Kind Verantwortung übernehmen. Dies können eine Mutter und ein Vater, aber beispielsweise auch zwei Mütter, zwei Väter, zwei Väter und eine Mutter, Großeltern, Tanten, Onkeln oder andere dem Kind nahestehende Menschen sein. Das Recht auf Eltern bleibt auch mit einer Adoption gewahrt, besonders, wenn zwei homosexuelle Menschen sich dazu entscheiden, ein Kind zu adoptieren. Ab diesem Zeitpunkt stellen sie eine Familie dar, die klar schützenswert ist.

Wir lehnen im Einklang mit der Entscheidung des Europäischen Parlamentes vom Dezember 2015 die Legalisierung von **Leihmutterschaft** ab. Die Praxis der Leihmutterschaft degradiert Frauen zu bloßen Gebärapparaten und macht Kinder zu Vertragsobjekten.

	ja	nein	w.n.	Bemerkung
AfD	x			
Familienpartei	x			Bei Frauen könnte man noch argumentieren, es ist ihr freier Wille. Dass aber insbesondere ungeborene Kinder zu Vertragsobjekten werden, lehnt die Familien-Partei ab.
CDU	x			
Grüne			x	Wir stehen dem Konzept der Leihmutterschaft nicht grundlegend ablehnend gegenüber. Sie kann Menschen, die nicht schwanger werden können, eine Chance bieten, ihren Kinderwunsch zu erfüllen. Dennoch wären sowohl ethische, als auch rechtliche Fragen zuvor zu klären. Frauen dürfen dadurch nicht zu bloßen Gebärmaschinen herabgewürdigt werden.
Piraten				Eine Leihmutterschaft ist im medizinischen Rahmen möglich und in anderen Ländern bereits ein durchaus beliebtes Verfahren. Daher ist es einfach, sich in diese Länder zu begeben und entsprechend die dortige Möglichkeit einer Leihmutterschaft zu nutzen. Um zu verhindern, dass die Frauen dort ausgebeutet werden, bestünde die Möglichkeit, in einem regulierten Rahmen Frauen in Deutschland die Leihmutterschaft anzubieten. Allerdings ist es dabei selbstverständlich, dass eine entsprechend intensive Aufklärung erfolgt, dass Frauen keineswegs dazu gezwungen werden, dass sichergestellt wird, dass sie sich wirklich freiwillig dazu entscheiden und dass ihre Menschenrechte sowie ihre Freiheit geachtet werden. Hürdenfrei darf eine solche Leihmutterschaft keineswegs sein.

Das natürliche **Recht der Eltern** und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht ihre Kinder zu erziehen (GG 6,2), darf auch in Schulen und Kitas – insbesondere in **Erziehungsfragen** zur Sexualität – nicht unterlaufen und missachtet werden.

	ja	nein	w.n.	Bemerkung
AfD	x			
Familienpartei			x	Das Recht zur Erziehung gehört den Eltern und obliegt ihnen. Dieses Recht steht über der Dienstleistung der Kitas und über dem Bildungsauftrag der Schulen. Dies schließt für uns in Erziehungsfragen zur Sexualität ‚Hilfsangebote‘ durch Schulen allerdings nicht aus.
CDU	x			Ergänzend zum Elternrecht sehen wir den Bildungsauftrag des Staates zur Vermittlung von Toleranz gegenüber anderen. Oberstes Erziehungsziel muss die Vermittlung notwendiger Kompetenzen für ein selbstständiges und eigenverantwortliches Leben sein, orientiert an individuellen Fähigkeiten und einem fürsorglichen Umfeld.
Grüne			x	Erziehung ist zuvorderst Sache der Eltern. Nichtsdestotrotz haben auch Kitas und Schulen eine gesetzliche Erziehungsverantwortung. Diese verantwortungsvoll wahrzunehmen, ist ihr gesetzlicher Auftrag. Das gilt auch für das Thema Sexualität.

Piraten				Im Idealfall ist eine Bildung, die im Einvernehmen von Personal und Familie ist, anzustreben. In Ausnahmefällen können dabei Differenzen auftreten, die untereinander kommuniziert werden müssen. Was auf keinen Fall geschehen darf ist Lücken in der Allgemeinbildung zu hinterlassen. Bildungseinrichtungen haben einen Bildungsauftrag wie der Name bereits sagt und dabei kann nicht auf jede kleine Befindlichkeit Rücksicht genommen werden, die von den Eltern ausgeht. Gerade Erziehungsfragen zur Sexualität treten in Kitas noch nicht einmal auf. Dies geschieht in der Regel altersgerecht in der Grundschule und dort auch nur in einem geringen Umfang. Eine umfassende Bildung zur Sexualität folgt in aller Regel altersgerecht an weiterführenden Schulen, weil genau dort eine Aufklärung im Sinne der Schüler erfolgen muss. Das bedeutet auch, über Sexualität so aufzuklären, wie es zum Beispiel an weiterführenden Schulen im Saarland vorgesehen ist, nämlich um im späteren Leben keine negativen Folgen davon zu tragen, weil man beispielsweise über kein Wissen über Verhütung oder den Verlauf einer Schwangerschaft verfügt.
----------------	--	--	--	---

Wir lehnen – insbesondere in Kitas und Schulen – Maßnahmen des **Gender Mainstreaming** ab, die statt die Gleichberechtigung der Geschlechter sicherzustellen, einer Verwirrung der Geschlechtsidentität Vorschub leisten.

	ja	nein	w.n.	Bemerkung
AfD	x			
Familienpartei	x			Gender Mainstreaming ist der falsche Hebel in einer falsch verstandenen Gleichstellungspolitik. Aus Sicht der Familien-Partei sind Mann und Frau nicht gleich. Denken wir einfach an Biologie, an Interessen, die sich in Berufsbildern auch heute niederschlagen und an unterschiedliche Vorstellungen über Lebensentwürfe, die sich in den jeweiligen Gruppen schon nicht homogen abbilden lassen. Ihre Ungleichheit, also ihre unterschiedlichen Absichten, Planungen, Talente und Entwürfe sollten aber als gleich berechtigt anerkannt werden. Eine übergestülpte Gleichstellung, wie wir sie erleben wird dem nicht gerecht! Eine Gleichstellung von Mann und Frau klingt zunächst auch gut. In der Praxis gemeint ist damit aber gleiche Teilhabe am Erwerbsleben. Dies unterstellt, dass alle Lebensentwürfe das Erwerbsleben als das alleinig selig und glücklich machende im Leben ansehen. Wir reden also über eine Fortsetzung einer gesellschaftlichen Entwicklung, die die Erwerbsarbeit überbewertet und Erziehungsarbeit unterbewertet. Hier tritt die Familien-Partei für gleichberechtigte Lebensentwürfe statt einfacher Gleichstellung in der Teilhabe am Erwerbsleben. Denn Erziehungsarbeit ist etwas wert! Die Dienstleistung am Kind ins Bruttoinlandsprodukt eingerechnet, würde schon seit den 70er Jahren aufgrund der schrumpfenden Zahlen zeigen: Es läuft was schief in Deutschland.
CDU				Jegliche Maßnahmen, die der Verwirrung Vorschub leisten und nicht der Stärkung und Förderung der Persönlichkeit eines jeden Kindes diesen, lehnen wir ab.
Grüne		x		Wir befürworten das Konzept des Gender Mainstreaming, weil dadurch Nachteile für alle Geschlechter abgebaut werden und Gleichstellungsmaßnahmen effizient und vorausschauend eingesetzt werden können.
Piraten				Gender Mainstreaming bedeutet per Definition, dass die Gleichstellung der Geschlechter angestrebt wird. Lediglich die jeweiligen Maßnahmen können voneinander abweichen. Die aktuellen Strategien und Maßnahmen sind allerdings Aufklärungsprojekte. Nur, weil Kinder plötzlich von der Existenz von Geschlechtsidentität wissen, bedeutet das nicht, dass sie sofort verwirrt werden. Wenn sie plötzlich von der Existenz von anderen Sprachen als der Muttersprache erfahren, beginnen sie schließlich auch nicht, diese als ihre eigene Sprache anzusehen.

Immer mehr Schulen arbeiten bei der Sexualerziehung unter dem Stichwort **„Queere Bildung“** mit externen LSBT...-Gruppen zusammen, die Workshops zu „Akzeptanz sexueller Vielfalt“ geben. Ein aktuelles [Rechtsgutachten](#) von Prof. Dr. Christian Winterhoff bewertet diese Art von Unterricht als eindeutig verfassungswidrig. Wir treten dafür ein, daß Lobbygruppen der „Sexuellen Vielfalt“ als externe Partner bei der Schulaufklärung nicht zugelassen werden.

	ja	nein	w.n.	Bemerkung
AfD	x			
Familienpartei	x			Siehe oben, obliegt den Eltern
CDU				Hier gilt eine besondere Sorgfaltspflicht. Sexualpädagogik muss altersgemäß und am jeweiligen Entwicklungsstand orientiert sein.
Grüne		x		Wir kämpfen für die Akzeptanz von Homo- und Bisexuellen, Trans- und Intersexuellen sowie Transgender. Dazu bedarf es Bildung und Aufklärung, am besten bereits im frühen Kindesalter. Daher begrüßen wir die Arbeit des Verbandes "Queere Bildung".
Piraten				Wir stimmen keineswegs mit der Argumentation überein: „Es ist mit der dem Staat obliegenden Neutralitäts- und Zurückhaltungspflicht unvereinbar und verstößt gegen das Indoktrinationsverbot, wenn Schulkindern die Akzeptanz vielfältiger sexueller Verhaltensweisen vermittelt und insbesondere Heterosexualität und andere sexuelle Orientierungen als gleichwertige Erscheinungsformen menschlicher Sexualität dargestellt werden.“ Der Staat hat gerade eben in seiner Neutralitätspflicht die Pflicht, über verschiedene Lebensweisen und Sexualitäten aufzuklären. Sonst handelt er in dieser Frage schlicht und ergreifend nicht neutral. LGBT+ -Gruppen müssen als Ergänzung zum Unterricht erlaubt sein, vor allem, um Erfahrungen von Menschen aus dem Queer- Bereich in den Unterricht einfließen lassen zu können und um Kindern und Jugendlichen einen Ansprechpartner aus diesem Bereich zu bieten.

Die **„neoemanzipatorische“ Sexualpädagogik**, die auch dem Methodenbuch „Sexualpädagogik der Vielfalt“ (Elisabeth Tuider) zugrunde liegt, geht von einer „kindlichen Sexualität“ aus, die von Geburt an pädagogisch aktiv zu begleiten sei. Dieser Ansatz ist wissenschaftlich umstritten. Er birgt die Gefahr, dass durch sexualpädagogische Methoden die Intimsphäre und das Schamgefühl des Kindes verletzt werden, dass das noch schlafende Interesse des Kindes an Sexualität vorzeitig geweckt wird, und Kinder zu sexueller Aktivität angeregt werden. In Kindertagesstätten und Schulen ist auf schamverletzende und sexuell stimulierende pädagogische Inhalte (in Wort, Bild und Spiel) zu verzichten.

	ja	nein	w.n.	Bemerkung
AfD	x			
Familienpartei	x			Siehe oben, obliegt den Eltern
CDU				Hier gilt eine besondere Sorgfaltspflicht. Sexualpädagogik muss altersgemäß und am jeweiligen Entwicklungsstand orientiert sein.
Grüne	x			Wir wollen ebenfalls weder Schamverletzung noch sexuelle Stimulierung in Kitas und Schulen.
Piraten				Diese Frage ist bereits suggestiv gestellt und stellt bereits jeden, der gegenteilig antworten sollte, als Befürworter von sexuellen Handlungen mit und an Kindern dar. Der Ansatz von Elisabeth Tuider ist hier schlicht und ergreifend falsch dargestellt, da es ihr Ziel ist, möglichst neutral und nicht wertend Fragen von Kindern und Jugendlichen zu beantworten. Dabei ist es gleichgültig, was diese Fragen nun beinhalten. Es ist eben genau auf die Interessen von Jugendlichen abzustimmen. Daneben wird diese Form noch nicht einmal an Kindertagesstätten eingesetzt und ist auch gar nicht dafür vorgesehen. Sie distanziert sich auch klar von sexuellen Handlungen an Kindern und dementsprechend steht es ihr gar nicht im Sinn, nicht altersgemäß aufzuklären, sondern genau auf die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen einzugehen.